

Aus der Gemeinderatssitzung

Bekanntgegeben wurde in der Sitzung vom 27. Februar 2024 u.a.:

Bekanntgaben

- Informiert wurde die Gemeinderäte über den aktuellen Stand zum **VgV- Verfahren (europaweites Ausschreibungsverfahren) für die Architektenleistungen für den Rathaus-Umbau**. Zur Angebotsabgabe wurden 4 Büros angeschrieben. Nur ein Büro hat ein Angebot abgegeben. Für ein Honorar von 14.056,88 € wurde das Büro Thiele aus Freiburg i. Br. beauftragt. Voraussichtlich im Mai werden sich Bauausschuss und Gemeinderat mit der „Vergabebeschreibung“ beschäftigen, welche sämtliche Komponenten des Verfahrens beinhaltet. Danach wird es etwa 3 Monate dauern, bis das Büro feststeht, welches den Rathausumbau durchführen wird. Es wird angestrebt, den Auftrag zeitnah durch die Verwaltung zu erteilen.

Das aufwändige Verfahren ist aufgrund der geplanten Investitionssumme von 1,5 Mio. Euro vorgeschrieben, der Schwellenwert für das o.g. Verfahren beträgt 221.000 €.

- Der **Umbau der Postfiliale** in der ehemaligen Sparkassengarage hat die Gemeinde ca. 55.000 € gekostet. Im April 2023 ging die Kostenschätzung noch von 50.000 € aus. Zum jetzigen Zeitpunkt, wo fast alle Schlussrechnungen vorliegen, gehen wir davon aus, dass der Kostenrahmen von 55.000 € unterschritten wird.

- Der **Arbeitskreis „Personal“** des Gemeinderates hat nicht öffentlich am 20. Februar 2024 getagt und sich u.a. mit der **Stellenausschreibung für die Verstärkung des Bauamteams** ausgesprochen. Die Stelle wurde mittlerweile ausgeschrieben und umfasst auch Klimaschutzaufgaben.

Der Vertrag mit der **Fa. Hansefit (Gesundheitsangebot für Feuerwehrleute, Räte und Verwaltung)** wurde von der Firma gekündigt. Die Verwaltung wird die neuen Vertragskonditionen prüfen. Eine Beratung im Gemeinderat wird voraussichtlich folgen.

- Erhalten hat die Gemeinde eine Zuwendung des Landes Baden-Württemberg für die **Sanierung der Domilishofbrücke über den Eschbach**. Bei Brutto-Gesamtkosten in Höhe von 137.580 € beläuft sich der Zuschuss auf 80.880 € (knapp 59 %).

Beraten und beschlossen wurde u.a.:

- Der Gemeinderat beauftragte das Sachverständigenbüro Markus Laiblin aus Stuttgart zum Preis von 17.000 € netto mit der **Ermittlung der sanierungsbedingten Bodenwertsteigerungen im Sanierungsgebiet „Ortsmitte“** im Bund-Länder-Programm Lebendige Zentren (LZP). Diese Aufgabe ist aufgrund der Rechtslage zwingend und könnte am Ende dazu führen, dass Grundstückseigentümer im Sanierungsgebiet Ausgleichsbeträge für die Wertsteigerungen ihres Grundstücks bezahlen müssen.

- Beraten wurde auch über die **Entwicklung des Flurstücks Nr. 31/19, Gemarkung Stegen, im Gewerbepark Stegen** (nördlich des Hauses der Vereine, der bestehenden Flüchtlingsunterkünfte und des Bauhofes), auch im Zusammenhang mit der **weiteren Unterbringung Geflüchteter (Festlegung der Bauweise durch den Gemeinderat)**. Stefanie Burg vom Büro von fsp Stadtplanung aus Freiburg i. Br. zeigt die verschiedenen Möglichkeiten auf.

Das Gelände wird momentan dem Außenbereich zugeordnet. Dort sind weder Wohnbebauung noch Gewerbe erlaubt. Die Gemeinde kann sich jedoch darum bemühen, einen Bebauungsplan aufzustellen und so den Charakter der Fläche zu definieren. Der Gemeinderat wünschte, dass dort auch Gewerbe angesiedelt wird. Andererseits hat die Gemeinde im Jahr 2024 noch 68 Flüchtlinge aufzunehmen. Die bestehenden Kapazitäten reichen hierfür nicht aus. Noch bis 2027 kann im Außenbereich zwecks Unterbringung von Geflüchteten gebaut werden.

Die Verwaltung zeigte verschiedene Alternativen (Holzhaus, serielles Bauen, Modulbauweise oder Container) und deren Vor- und Nachteile auf.

Letztlich entschied sich der Gemeinderat für die günstigste Variante der Containerlösung. Für Gesamtkosten in Höhe von schätzungsweise rund 772.500 Euro können 40 Menschen untergebracht werden. Weitere Vorteile sind u.a. die schnelle Lieferung innerhalb von 14 Wochen, die Ausstattung, die im Vergleich zu den Varianten im Preis inbegriffen ist, sowie die flexible Möglichkeit der Erweiterung. Gegen die Container sprechen der niedrigere Energiestandard und die im Vergleich geringe Haltbarkeit der Container. Der Gemeinderat wird sich nun mit den Themen Miete, Leasing und Kauf von Containern beschäftigen und in einer weiteren Sitzung entscheiden..

- Der Antrag an die Untere Verkehrsbehörde auf **Geschwindigkeitsbegrenzung Tempo 30 im ersten Teilabschnitt der Bebauung der Reichlegasse** (ca. 100 Meter) von der Hauptstraße Stegen kommend, wurde vom Gemeinderat befürwortet. Hintergrund war eine Unterschriftenliste der dortigen Anwohner.

- Beschlossen wurde eine Änderung der **Entsorgungssatzung** für Kleinkläranlagen und Gruben. Wir verweisen auf den Bericht an anderer Stelle in dieser Ausgabe.

- Zur **Schließung der „weißen Flecken“ in der Mobilfunkversorgung in Attental** genehmigte der Gemeinderat den Abschluss eines Mietvorvertrages mit der Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft mbH (MIG) und stimmte dem Mietvertrag mit dem zukünftigen Netzanbieter auf der Fläche Flst. Nr. 140/1 (Hochbehälter Attental), Gemarkung Wittental, zu.

Die MIG will auf dem Grundstück der Gemeinde einen Funkmast aufbauen lassen, um die Anwohner und die Menschen, die im Wald unterwegs sind, mit Mobilfunkempfang zu versorgen. Aktuell hat man im Attental an manchen Stellen gar keinen Handyempfang. Der Empfang ist auch für die Waldarbeit sehr wichtig.